

31.07.2018

Kleine Anfrage 1343

der Abgeordneten Josef Neumann, Frank Sundermann SPD

Lohndumping bei real,- und im Einzelhandel verhindern – Was tut die Landesregierung?

Im Einzelhandel in NRW arbeiten derzeit ca. 710.000 Beschäftigte. Seit Jahren ist festzustellen, dass die Tarifbindung immer weiter abnimmt. Dabei findet ein immenser Verdrängungswettbewerb auf dem Rücken der Beschäftigten statt mit dem Ziel, die Personalkosten immer weiter abzusenken. Der Einzelhandel ist dabei einer der wichtigsten Wirtschaftsbereiche in Deutschland, in dem etwa 530 Mrd. Euro umgesetzt werden. Ganz aktuell werden die Auswirkungen und Probleme von Lohndumping und Wettbewerb bei der Einzelhandelskette real,-, einem Tochterunternehmen der Metro, für die Beschäftigten sichtbar und spürbar. Mehrere tausend Beschäftigte in real,- Märkten sind Mitte Juli einem Streikaufruf der Gewerkschaft ver.di gefolgt. Hintergrund der Streiks ist, dass das Unternehmen sich aus der Tarifbindung an die Tarifverträge des Einzelhandels verabschiedet hat. Diese waren bislang mit ver.di abgeschlossen worden. Stattdessen sollen nun schlechtere Tarifverträge mit dem arbeitgebernahen DHV vereinbart werden. Ermöglicht hat dies der Übergang auf eine andere METRO-Gesellschaft, die Tarifverträge mit dem DHV abgeschlossen hat. Diese Tarifverträge bedeuten massive Verschlechterungen bei Arbeitszeit und Zuschlägen sowie beim Entgelt um durchschnittlich ca. 25 %. Durch die niedrigen Löhne ist schon jetzt absehbar, dass die Sozialversicherungen sowohl heute als auch in Zukunft durch steigende Kosten – beispielsweise für ergänzende Leistungen nach dem SGB II oder Leistungen für die Grundsicherung im Alter - zusätzlich belastet werden. Um dem entgegenzuwirken fordert die Gewerkschaft ver.di zu Recht eine Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen, branchenweit für den gesamten Einzelhandel mit seinen drei Millionen Beschäftigten. Diese Auffassung hat NRW-Arbeitsminister Karl-Josef Laumann (CDU) bestätigt und sich in einem Artikel in der WAZ (<https://www.waz.de/wirtschaft/arbeitsminister-laumann-kritisiert-lohndumping-im-handel-id214583287.html>) vom 01. Juni 2018 offen dafür gezeigt, mehr Tarifverträge für allgemeinverbindlich zu erklären, auch im Einzelhandel. Damit hat der Arbeitsminister offensichtlich für sich erkannt, dass die Politik bei Tariffucht und Lohndumping nicht wegschauen darf und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer davor zu schützen sind. Diesen Worten müssen jetzt auch Taten folgen. Es ist dringend an der Zeit, dass die Landesregierung ihrerseits alles unternimmt, um die Beschäftigten von real,- und die Gewerkschaft ver.di bei ihrem Einsatz gegen Lohndumping und Tariffucht zu unterstützen!

Datum des Originals: 31.07.2018/Ausgegeben: 31.07.2018

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung die Situation bei real im Hinblick auf die vollzogene Tarifflicht und das damit einhergehende Lohndumping?
2. Welche politischen Initiativen plant die Landesregierung, um Lohndumping und Tarifflicht bei real und in anderen Unternehmen - so wie vom nordrhein-westfälischen Arbeitsminister Karl-Josef Laumann (CDU) angekündigt - einzudämmen und zugleich die Verhandlungsmacht von Gewerkschaften und Beschäftigten zu stärken?
3. Was gedenkt die Landesregierung dagegen zu tun, dass Arbeitgeber sich durch Ausnutzung der gesellschaftsrechtlichen Möglichkeiten den für sie geltenden arbeits- und tarifvertraglichen Pflichten entziehen können?
4. Welche Initiativen plant die Landesregierung, um die Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen zu erleichtern?
5. Mit welchen Maßnahmen will die Landesregierung die wirtschaftlichen Perspektiven und Chancen für den Einzelhandel und die dort tätigen Beschäftigten am Standort Nordrhein-Westfalen verbessern?

Josef Neumann
Frank Sundermann